Rechtsruck in Deutschland und die Auswirkungen auf die Jugendhilfe

Jonathan Spielmann

Fachbereichsleitung Jugendhilfe – Wohnhilfe e.V.

Rechtsruck – Was ist damit gemeint?

- Wahlergebnisse der AfD auf Rekordwerten in Bund, Ländern und Kommunen
- Zunahme Rechter und Rechtsextremer Einstellungen in der Gesellschaft (siehe z.B. Mitte-Studie)
- Populistische Aussagen und Verschiebung der „Grenze des Sagbaren“ bzw. Normalisierung von rechten Aussage (z.B. „Stadtbild-Aussage“ von Friedrich Merz)
- Übernahme von rechten Positionen durch politische Akteure „der Mitte“
- Deutschlandweite Zunahme von politisch motivierten und rechtsextremen Straf- und Gewalttaten

Erklärungsansätze zu den Hintergründen:

- Zukunftsängste
- Verlust des Vertrauens in politische Institutionen und Systeme
- Fortlaufende Krisen: Krieg, Inflation, Klima, etc.
- Angespannte finanzielle Situation in Bund, Ländern und Kommunen
  - Verteilungsfragen werden neu gestellt
  - Steigende Angst zu den „Verlierern“ und „Abgehängten“ zu zählen

Verstärkt sich durch:

- Steigende gesellschaftliche Akzeptanz rechter Positionen
- Vermeintlich einfache „Lösungsansätze“ rechter / populistischer Parteien

Was bedeutet „politisch rechts“?

- Gesellschaftlich ist eine Vermischung der Begrifflichkeiten in den letzten Jahrzenten zu beobachten, durch neue Themensetzungen – welche „rechts“ oder „links“ verortet werden (z.B. Klimaschutz)
- Ursprung des Begriffs in Zeit der französischen Revolution und der Frage nach Gerechtigkeit
- Zwei unterschiedliche Lager in der Nationalversammlung:
  - Links: Vertreter einer freien Republik, gleiches Recht für alle und Chancengleichheit
  - Rechts: Vertreter der Monarchie, erhalt des Klassensystems und (vererbter) Privilegien

Diese ursprüngliche Fragestellung zu Gerechtigkeit führt bis heute zu einer grundsätzlichen Haltung zu dem vertretenen Menschenbild und zu Menschenrechten.

Errungenschaften vs. Offene Themen

- Freiheitlich Demokratische Grundordnung
- Gewaltenteilung insbesondere eine unabhängige Justiz
- Verankerung von Menschrechten und Menschwürde in unserem Grundgesetz

- Chancengleichheit?
- Solidarität?

Rolle und Selbstverständnis der sozialen Arbeit

- „Die soziale Arbeit ist aus ethischen Gründen eine Menschenrechtsprofession“ - DBSH e.V.
- „Der Paritätische mit seinen Mitgliedsorganisationen versteht sich als Verband der Vielfalt, Toleranz und Offenheit für alle Menschen, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität, materieller Situation, Behinderung, Beeinträchtigung oder Krankheit“ Charta gegen Rechts, Paritätischer Wohlfahrtsverband, 2014

Neutralitätsgebot vs. Politische Positionierung

- Die AfD fordert zuletzt auf verschiedenen politischen Ebenen die Einhaltung eines „Neutralitätsgebots“ in Bildung, Jugendarbeit, staatlichen Institutionen und für freie Träger
  - Einrichtung eines Meldeportals für politisch engagierte Lehrer*innen
  - Prüfung / Abfrage von Fördermitteln für Vereine und freie Träger, welche sich politisch positionieren
  - Doch ist gibt es dieses „Neutralitätsgebot?“

- Nein, im Gegenteil:
  - Das Einstehen für die freiheitlich demokratische Grundordnung ist Aufgabe von Bildungseinrichtungen und Jugendarbeit
  - Einhaltung und Verpflichtung zum Antidiskriminierungsgesetz
  - Aufgabe dem von uns betreuten und begleiteten Klientel, dem es oft an öffentlicher Stimme und Gehör fehlt, eine Stimme zu geben

Finanzielle Herausforderungen und Rechte Politik

- Die angespannte finanzielle Situation spielt rechter Politik in die Hände
- Forderungen nach Kürzungen im Sozialstaat werden als Notwendigkeit argumentiert, ohne offen rechte Positionen vertreten zu müssen und werden auch von politischen Akteuren „der Mitte“ mitgetragen
- Fragen nach Prioritätensetzung und finanziellen Verteilungen stehen im politischen Fokus
  - Wer hat gesellschaftlich eine Stimme die gehört wird?
  - Wie verhalten sich Medien?

Konkrete Auswirkungen für die Jugendhilfe und unser Klientel – Teil 1

- Streichung von Stellen und finanziellen Mitteln für Träger und Projekte
  - Insbesondere bei „Kann-Leistungen“ welche große Teile des niederschwelligen Bereichs ausmachen: Streetwork, Jugendzentren, Notschlafstellen, Suchtberatungsstellen etc.
- Unterbesetzung von Jugendämtern (Nettobesetzung der ASD bei ca. 60%)
  - Zeitliche Verzögerung bei der Einleitung von Hilfen, Erstellung von Hilfeplänen, Weitervermittlungen, etc.
- Hohe Kosten der stationären Jugendhilfe (als Pflichtleistungen im Kinderschutz) werden von AfD und Union öffentlich angeprangert
  - Notwendigkeiten von Inobhutnahmen werden in Frage gestellt (AfD fordert faktisch die Abschaffung des Selbstmelder-Absatzes im §42 SGB VIII)
  - Rechte der Familie und Eltern vs. Rechte von Kindern und Kinderschutz?
- Notwendige Hilfen werden aus Kostengründen nicht eingeleitet
  - Bedarfsanalysen und –begründungen für Hilfen und ganze Projekte werden häufiger notwendig und eingefordert (auch wenn diese bereits Konsens waren)

Konkrete Auswirkungen für die Jugendhilfe und unser Klientel – Teil 2

- Zunehmende Anfeindungen und Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, ethnischer Herkunft, Religion, sexueller Identität und Orientierung, Geschlecht, materieller Situation, Behinderung und Beeinträchtigung, etc.
- Weitere öffentliche Stigmatisierungen (z.B. von Politiker*innen und auch in den Medien)
- Einschränkung von Rechten, insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund
- Zunahme von Jugendlichen mit systemherausfordernden Verhaltensweisen, durch:
  - Fehlende passende Hilfen
  - Aufgeschobene Einleitung von Hilfen
  - Das Erleben und Erlernen der jungen Menschen, vom System im Stich gelassen worden zu sein

Welche Auswirkungen für unser Klientel erlebt ihr in euren Städten und Tätigkeitsfeldern?

Was können / sollten wir tun?
Als Bündnis, Vereine und im Bereich tätige Menschen?

Was können / sollten wir tun?

- Dem Klientel eine Stimme geben:
  - Partizipation und Beteiligung junger Menschen fördern
  - Positionierung und Einstehen für die Bedarfe des Klientels
  - Netzwerk und Kooperation zwischen Trägern / Projekten und in Richtung Politik
- Öffentliche Positionierung und Verteidigungen von Menschenrechten und der Gleichwertigkeit und Gleichheit von Menschen
- Öffentliche Position zur gesellschaftliche Bedeutung von „Kann-Leistungen“ der Jugendhilfe und die kurz- und langfristigen Folgen von Kürzungen / Streichungen dieser
  - u.a. gesetzliche Verankerung von Notschlafstellen einfordern
- Öffentliche Position zur Verankerung von Kinderrechten
- Demokratiebildung und –förderung